

© Adobe Stock, sldesign1

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Ausgabe für Lernende

Beziehung Schweiz – EU: vielfältiger als man denkt

Ausgabe 12, 2020

Raphael Capaul, BA UZH und Roman Capaul, Prof. Dr.





© by KLV Verlag AG

Alle Rechte vorbehalten

Trotz intensiver Nachforschungen gelang es uns nicht in allen Fällen, die Rechteinhaber zu ermitteln. Wir bitten diese, sich mit dem Verlag in Verbindung zu setzen. Meldung bitte direkt an den Verlag: rechte@klv.ch oder Telefon 071 845 20 10.

Layout und Cover: KLV Verlag AG

Ausgabe 12, 2020

KLV Verlag AG | Breitwiesenstrasse 9 | CH-8207 Schaffhausen
Telefon +41 71 845 20 10 | Fax +41 71 845 20 91
info@klv.ch | www.klv.ch

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Liebe Schülerinnen und Schüler

Ein zentrales Bildungsziel der Wirtschaftsfächer in der Sekundarstufe II (Gymnasien und Berufsfachschulen) ist die Ausbildung von Ihnen zu mündigen Wirtschaftsbürgerinnen und Wirtschaftsbürgern. Sie sollen zu aktuellen Themen eine eigene, fundierte Meinung entwickeln können. Im Unterricht soll die Fähigkeit zum selbstständigen Urteilen in anspruchsvollen, wirtschaftspolitischen Fragestellungen gefördert werden. Für unseren Rechtsstaat ist dies ein wichtiges Anliegen. Oder wie es Milton Friedman einmal sagte: «Eine stabile und demokratische Gesellschaft kann ohne ein Minimum an Bildung und Wissen bei der Mehrheit ihrer Bürgerinnen und Bürger und ohne weitgehend akzeptierte allgemeine Werte nicht existieren.»

w&p aktuell



Unsere Demokratie ist ein kostbares Gut. Sie entwickelt sich laufend dynamisch weiter. Die Fragestellungen werden immer komplexer und kontroverser. Patentlösungen gibt es in der Regel keine. Es gilt, Zielkonflikte abzuwägen. Mit diesen Unterrichtseinheiten möchten wir Sie motivieren und befähigen, an den herausfordernden Fragestellungen zu partizipieren. Ziel sollte es sein, dass Sie bereit (Haltung) und fähig (Wissen) sind, Verantwortung für die aktive und konstruktive Entwicklung unseres Rechtsstaates zu übernehmen. Dem KLV Verlag, economiesuisse sowie dem Institut für Wirtschaftspädagogik (IWP-HSG) ist dieses Anliegen sehr wichtig. Wir haben uns deshalb zusammengeschlossen, regelmässig ein relevantes wirtschaftspolitisches Thema so aufzubereiten, dass es während 90 Minuten im Unterricht umgesetzt werden kann.

Bei der Ausgestaltung der Unterrichtseinheit sind uns folgende Aspekte wichtig:

1. Die Fragestellung wird aus mehreren Perspektiven beleuchtet.
2. Werte, Einstellungen und Interessen werden offengelegt.
3. Der Umgang mit Quellen geschieht sorgfältig.
4. Das für die Entscheidungsfähigkeit relevante Wissen wird aufbereitet.
5. Die gehaltvolle Argumentation und Diskussion während der Unterrichtssequenz haben einen hohen Stellenwert.

Wir wünschen Ihnen interessante Lektionen mit unseren Unterlagen.

Freundliche Grüsse

Prof. Dr. Roman Capaul

«Wirtschaft & Politik aktuell»

1 Einstieg

1.1 Relevanz des Themas

Wirtschaftlich, politisch, gesellschaftlich, historisch und wissenschaftlich ist die Schweiz mit der Europäischen Union (EU) sehr eng verflochten. Gemessen am aktuellen Handelsvolumen ist die EU mit Abstand die wichtigste Handelspartnerin der Schweiz. Heute sind europäische Kunden Abnehmer von rund 52 Prozent aller exportierten Schweizer Dienstleistungen und Waren. Und obwohl Schweizerinnen und Schweizer gemäss Studien von dieser Handelsbeziehung profitieren, gibt es zunehmend kritische Stimmen, denen diese ein Dorn im Auge ist. Deshalb stellen sich aktuell grundlegende Fragen, die möglichst sachlich mit Schülerinnen und Schülern diskutiert werden sollen. Insbesondere weil der Souverän regelmässig zu Teilaspekten, welche die Beziehung der Schweiz zur EU betreffen, Stellung nehmen kann.

Die Schweiz blickt auf eine wirtschaftlich erfolgreiche bilaterale Beziehung zur EU zurück: Im Juni 2002 ist das Vertragspaket der Bilateralen I in Kraft getreten und regelt seither die Teilnahme von Schweizer Unternehmen am europäischen Binnenmarkt. Zu den Bilateralen I gehören sieben bilaterale Abkommen (Luft- und Landverkehr, Personenfreizügigkeit, Landwirtschaft, Forschung, Öffentliches Beschaffungswesen und Abbau Technischer Handelshemmnisse). Mit den Bilateralen II, die viele weitere Themenbereiche und das Schengener Abkommen umfassen, wurden die Beziehungen zur EU nochmals vertieft. Nun soll der bilaterale Weg mit einem institutionellen Rahmenabkommen (oder kurz InstA genannt) konsolidiert werden, um den privilegierten Marktzugang langfristig zu sichern.

Die öffentliche Debatte über das Verhandlungsergebnis, wie auch über die Vor- und Nachteile der Beziehungen Schweiz-EU generell, sind in vollem Gang. Während viele Organisationen und Parteien die Bilateralen als unverzichtbar darstellen, halten EU-kritische Kreise ihren Nutzen für vernachlässigbar und warnen vor einem schleichenden EU-Beitritt der Schweiz. Entsprechend ist ein Grundverständnis über die Bedeutung und Struktur der bilateralen Beziehungen Schweiz-EU angesichts wichtiger europapolitischer Weichenstellungen von hoher Relevanz.

1.2 Lernziele

Als Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden wir immer wieder aufgefordert, zu neuen Fragen oder Themen im Zusammenhang mit der Beziehung der Schweiz zur EU an der Urne Stellung zu beziehen. Diese Lektion bereitet nicht auf eine unmittelbar bevorstehende Abstimmung vor, sondern zeigt die Grundlagen zur Beziehung zwischen der Schweiz und der EU auf. Gute Beziehungen zu ihrem wichtigsten Partner sind für die Schweiz existenziell. Aber diese Beziehungen sind komplex und vielschichtig. Diese Lektion möchte das Verständnis hierzu verbessern.

Motivation für das Erstellen der Lektion war nicht zuletzt auch die intensive, unübersichtliche und nicht immer faktenbasierte Diskussion zum InstA. Diese Diskussion wird jedoch noch eine Zeit lang weitergehen und im Verlaufe des Jahres 2020 möglicherweise zusätzlich an Intensität gewinnen. Am 17. Mai 2020 wird es zudem mindestens eine Abstimmung («Begrenzungsinitiative») geben, welche das Verhältnis der Schweiz zur EU grundlegend betrifft. Dann kann diese Lektion auch wieder als Fundament beigezogen werden.

Die Lektion kann in den Grundzügen während 90 Minuten gehalten werden. Im Dokument hat es aber ausreichend Material, um das Thema weiter zu vertiefen.

Mit dieser Lektion möchten wir folgende Lernziele erreichen:

- 1) Die Relevanz der Beziehung Schweiz–EU verstehen.
- 2) Die wirtschaftlichen Effekte zwischen der Schweiz und der EU analysieren.
- 3) Die aktuelle Diskussion um das InstA einordnen.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

- 4) Die nächsten Volksabstimmungen, welche die Beziehung Schweiz–EU betreffen, nennen und im Kontext dieser Beziehung einordnen (Zur Begrenzungsinitiative erscheint 2020 eine separate Lektion).
- 5) Prozedurales Wissen: Statistiken anhand von Leitfragen systematisch analysieren und interpretieren.

1.3 Motivation und Hinführung

Zuerst werden die Schülerinnen und Schüler im Alltag abgeholt und an die vier Grundfreiheiten der EU herangeführt.

Auftrag 1:

Überlegen Sie mit Hilfe der vier Bilder, inwiefern Sie im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Alltag mit der EU in Kontakt kommen.



Weitere Anregungen gibt die folgende Webseite: <https://www.europapolitik.ch/de/geschichten>

Auftrag 2:

Schauen Sie sich folgende Videos an und notieren Sie die wichtigsten Stichworte aus dem Interview.

Folgendes Interview zwischen dem Moderator Markus Böni (Journalist) und Rudolf Minsch, (Chefökonom von economiesuisse), zeigt die aktuellen Problemfelder. Das Video wurde auf dem Youtube-Kanal von economiesuisse veröffentlicht und findet sich auch auf deren Homepage.

Video (7'):

economiesuisse (2019): <https://www.youtube.com/watch?v=jDGzuvOx0UE>

Folgendes Video beinhaltet eine Rede des ehemaligen SVP-Nationalrats Adrian Amstutz an einer Delegiertenversammlung der SVP. Das Video wurde auf dem Youtube-Kanal der SVP Schweiz veröffentlicht und findet sich auch auf deren Homepage.

Video (beispielsweise 1 – 5'):

SVP Schweiz (2019): https://www.youtube.com/watch?time_continue=530&v=Nmu8dIE2aFE

Fragen: Inwiefern unterscheiden sich die zwei Videos?

«Wirtschaft & Politik aktuell»

2 Europa und die EU

2.1 Welches sind die historischen Ursprünge der EU?

Innerhalb weniger Jahrzehnte erlebte Europa zwei schreckliche Kriege. Ein traumatisiertes Europa nach dem zweiten Weltkrieg, 1945, schuf die Grundlage für die Errichtung der EU. Der Grundgedanke bei der Gründung war, den Frieden in Europa dauerhaft sicherzustellen. Heute hat die EU ein breites Wirkungsfeld. Innerhalb ihrer Grenzen ist es zwischen Staaten noch nie zu militärischen Konflikten gekommen.

Die Idee einer Einigung Europas aus friedenssichernden Gründen ist nicht erst nach dem Ende des zweiten Weltkrieges entstanden, sondern geht bis ins Mittelalter Anfang des 14. Jahrhunderts zurück. Schon Dante Alighieri plädierte in seiner Schrift «De monarchia» für eine europäische Monarchie, an deren Spitze der deutsche Kaiser stehen sollte. In den letzten Jahrhunderten setzten sich viele Denker mit dem politischen System Europas auseinander und entwarfen Ideen hinsichtlich eines vereinten, friedlichen und wirtschaftlich starken Europas. Doch die Realität war eine andere. Der Kontinent war von Machtkämpfen und Gewalt geprägt und der Nationalismus war stets stärker als die Ideen der europäischen Einheit. Als erster Schritt zur besseren Zusammenarbeit der europäischen Staaten und zur Sicherung des Friedens wurde 1920, nach dem Ende des ersten Weltkriegs, der Völkerbund gegründet.

Auftrag 3:

Winston Churchill gilt als eine wichtige Figur im Kontext der Entwicklung hin zu einem geeinten Europa.

Schauen Sie sich das Video zu Churchills Rede in Zürich an und machen Sie sich Notizen zu deren Inhalt. Welches Narrativ (sinnstiftende Erzählung) verwendet er?

Churchills Rede in Zürich (1:13): <https://www.youtube.com/watch?v=QzkSQnz5YxE>

Ganze Rede: <https://www.churchill-in-zurich.ch/de/churchill/churchills-zurcher-rede/>

Rede schriftlich: <https://www.srf.ch/kultur/gesellschaft-religion/grosse-reden-lassst-europa-entstehen-churchills-flammender-appell>

Inhalt der Rede:

Churchills Ziel ist, die europäische Völkerfamilie in einer regionalen Organisation neu zusammenzufassen, den Vereinigten Staaten Europas. Ein erster Schritt dazu wäre die Bildung eines Europarates. Beständiges Ziel ist die Zusammenführung aller Staaten Europas.

Die Führung übernehmen hierbei Frankreich und Deutschland. Grossbritannien, die USA und die Sowjetunion sieht er als «Freunde und Förderer des neuen Europas». Die Rede endet mit folgendem bekannten Aufruf: «Therefore I say to you, let Europe arise.»

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Gedenktafel / Anekdote:



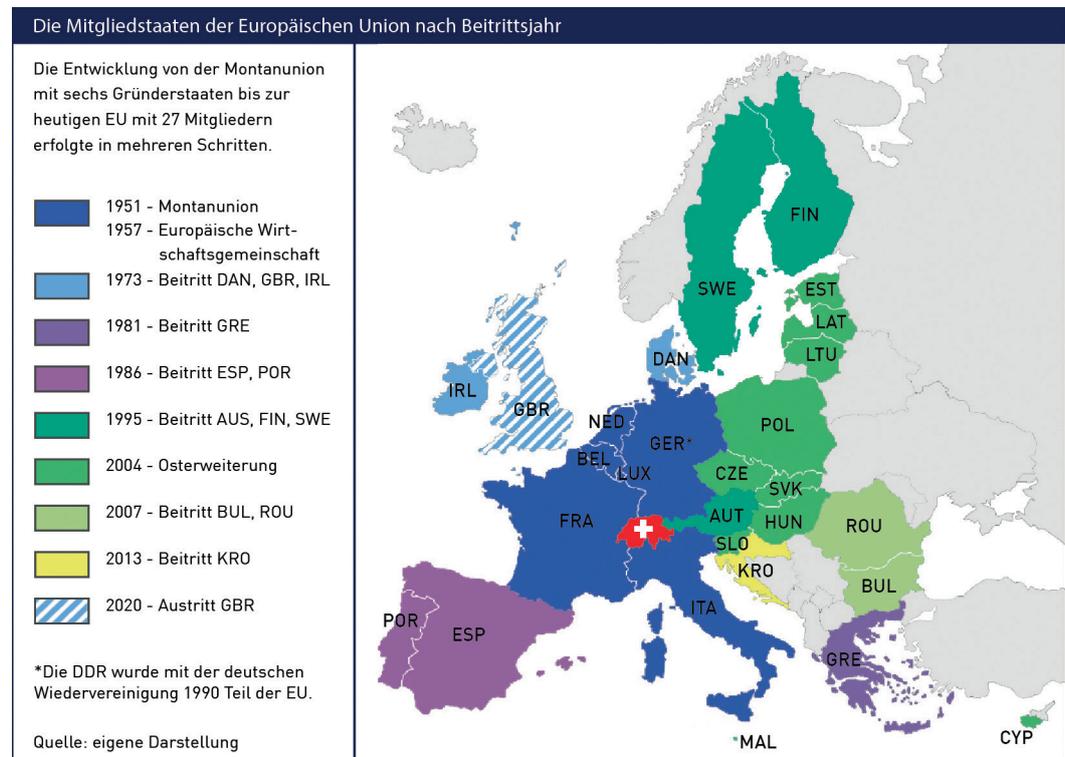
Gedenktafel in der Aula der Universität Zürich: Am 19. September 1946 hielt Winston Churchill, britischer Premierminister von 1940 bis 1945 und von 1951 bis 1955, in der Aula der Universität Zürich seine Rede an die akademische Jugend der Welt. Es war ein knappes Jahr nach Ende des Zweiten Weltkriegs und Churchill sprach über die «Tragödie Europas». Die Rede in der Aula fand am Ende seines Aufenthalts in der Schweiz statt, nachdem er die Wiederwahl zum Premier verloren hatte und Oppositionsführer der konservativen Partei wurde.

2.2 Welches sind die Entwicklungsschritte der EU?

Im Jahr 1951 beginnt mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl die wirtschaftliche und politische Vereinigung der europäischen Länder zur Sicherung eines dauerhaften Friedens. Die sechs Gründerländer sind Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Die sechziger Jahre waren eine Zeit des wirtschaftlichen Wachstums, auch dank der Abschaffung von Zöllen auf den Handel zwischen den EU-Mitgliedsstaaten. In den siebziger Jahren folgt die erste Vergrößerung der Gemeinschaft. Es folgen immer mehr Erweiterungen. Ab 1999 führen immer mehr Staaten den Euro ein. Die EU erweitert nach und nach ihren Handlungsbereich, erlässt Massnahmen, Vorschriften und Programme und schliesst Verträge ab. Der grösste Schritt der europäischen Integration ist der Vertrag von Maastricht von 1992. Er regelt insbesondere die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in den Bereichen Aussen- und Sicherheitspolitik sowie Justiz und innere Angelegenheiten.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Nachfolgende Grafik stellt die Entwicklung und Erweiterung der EU überblicksmässig und zusammenfassend dar.



Quellen

stark+vernetzt (2019): https://my.abstch.ch/page/-/Kamp-Europa/DE/Downloads/Faktenblatt_EU-Entwicklung.pdf (S. 1)

https://europa.eu/european-union/about-eu/history_de

Seeler, Hans-Joachim: Geschichte und Politik der Europäischen Integration, Baden-Baden 2008.
Online-Link: <https://www.nomos-elibrary.de/108588/urspruenge-einer-idee?page=1>

EU: https://europa.eu/european-union/about-eu/history_de

stark+vernetzt (2019): https://my.abstch.ch/page/-/Kamp-Europa/DE/Downloads/Faktenblatt_EU-Entwicklung.pdf

Universität Zürich: <https://www.haus-der-wissenschaft.uzh.ch/de/kunsthistorische-tour/5-churchill-gedenktafel.html>

EU: https://europa.eu/european-union/about-eu/history_de

«Wirtschaft & Politik aktuell»

3 Beziehung Schweiz – EU

3.1 Wie hat sich die Beziehung Schweiz-EU entwickelt?

Die Schweiz erreichte während den letzten Jahrzehnten einen immer besseren wirtschaftlichen Zugang zum EU-Binnenmarkt. Ein wichtiger Schritt dieser wirtschaftlichen Integration dieses wirtschaftlichen Integrationsprozesses war der Abschluss eines Freihandelsabkommens im Jahr 1972. Heute ist die Schweiz bestens in den EU-Binnenmarkt integriert (mehr dazu im nächsten Kapitel) – stärker als die meisten EU-Mitgliedstaaten selbst.

Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) ist eine vertiefte Freihandelszone zwischen der EU und den Ländern der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta) (ohne die Schweiz). Die Schweiz ist Mitglied (Gründungsmitglied von 1960) der Efta. Neben der Schweiz sind auch Norwegen, Island und Liechtenstein gegenwärtige Efta-Mitglieder. Im Unterschied zur EU ist die Efta keine Zollunion. Dies bedeutet u.a., dass die einzelnen Efta-Staaten ihre Zolltarife und andere aussenhandelspolitische Massnahmen grundsätzlich gegenüber Nicht-Efta-Staaten (Drittstaaten) eigenständig festlegen können.

Das Nein der Schweizer Stimmbevölkerung zum Beitritt in den EWR am 6. Dezember 1992 gilt als eine bedeutende europapolitische Abstimmung und wichtige Zäsur. Sie wird oft auch als «Jahrhundertabstimmung» bzw. «Schicksalsfrage» bezeichnet. Der Bundesrat betrachtete den EWR-Beitritt damals als Vorstufe zum EU-Beitritt, weshalb er noch vor der EWR-Abstimmung ein Beitrittsge- such bei der EU deponierte. Die SVP bekämpfte den EWR-Beitritt erfolgreich gegen eine Mehrheit der Akteure aus Politik und Wirtschaft. Es war gleichzeitig der Startschuss für den Aufstieg der SVP unter der Leitung von Christoph Blocher zur wählerstärksten Partei und zu einer Veränderung der Schweizer Parteienlandschaft. Nach dem knappen EWR-Nein folgten in der Schweiz mehrere Jahre wirtschaftlicher Stagnation. Dies war der Ausgangspunkt für Verhandlungen mit der EU über den bilateralen Weg, der heute insgesamt über 120 Abkommen umfasst. Die wichtigsten Abkommen zwischen der Schweiz und der EU sind in den sogenannten «Bilateralen I» und «Bilateralen II» zusammengefasst (siehe Kapitel 3.2).

Am 9. Februar 2014 nahm das Schweizer Stimmvolk die Masseneinwanderungsinitiative (MEI) der SVP knapp an, welche die Kündigung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit und damit die Kündigung der «Bilateralen I» riskierte. Dies deshalb, weil die einzelnen Abkommen der «Bilateralen I» über die sogenannte «Guillotine-Klausel» miteinander verknüpft sind und daher nicht einzeln gekündigt werden können. Konkret sah die MEI vor, die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern in die Schweiz durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente zu begrenzen. Ausserdem verlangte sie eine Neuverhandlung und Anpassung des Personenfreizügigkeitsabkommens innerhalb von drei Jahren nach Annahme der Initiative. Der Entscheid des Stimmvolkes zur MEI ist ein weiteres einschneidendes Kapitel in der Beziehung Schweiz–EU. Eine wortgetreue Umsetzung stand aber im Widerspruch zu den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz – konkret zum Abkommen über die Personenfreizügigkeit. Das Parlament hat sich deshalb auf eine pragmatische Umsetzung geeinigt, um die bilateralen Verträge nicht aufkünden zu müssen. Ein Referendum gegen diesen Entscheid kam nicht zustande.

Jüngstes Kapitel im vertraglichen Verhältnis Schweiz-EU sind die Verhandlungen über ein institutionelles Abkommen (InstA). Die EU setzt dieses als Bedingung voraus, um bestehende Abkommen weiterzuentwickeln und neue Verträge abzuschliessen (siehe Kapitel 4 zu InstA).

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Chronologie der Volksabstimmungen in der Schweiz, welche die Europafrage betreffen.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Jahr	Vorlage	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen
1972	Freihandelsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl EWG/EGKS (Vorläufer der EU)	72.5%	27.5%
1992	Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)	49.7%	50.3%
1997	Volksinitiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!»	25.9%	74.1%
2000	Bilaterale Verträge I	67.2%	32.8%
2001	Volksinitiative «Ja zu Europa»	23.2%	76.8%
2005	Schengen/Dublin (Teil der Bilateralen II)	54.6%	45.4%
2005	Personenfreizügigkeit mit osteuropäischen EU-Staaten	56.0%	44.0%
2006	Zusammenarbeit mit osteuropäischen EU-Staaten	53.4%	46.6%
2009	Personenfreizügigkeit mit Rumänien und Bulgarien	59.6%	40.4%
2009	Einführung biometrische Pässe (Fortsetzung Schengen)	50.1%	49.9%
2014	Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung»	50.3%	49.7%
2014	Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung» (Ecopop)	25.9%	74.1%
2018	Selbstbestimmungsinitiative	33.8%	66.2%
2019	Waffenrecht	63.7%	36.3%
2020	Begrenzungsinitiative (Abstimmung am 17. Mai 2020)		

Quellen

stark+vernetzt (2019): https://my.abstch.ch/page/-/Kamp-Europa/DE/Downloads/Argu_Lang_5%200_korr.pdf

NZZ (2017): <https://www.nzz.ch/schweiz/vom-kolonialvertrag-zum-bilateralen-koenigsweg-ld.1336212?reduced=true>

AZ (2017): <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/vor-25-jahren-sagte-das-stimmvolk-nein-zum-ewr-131976895>

Vatter, Adrian (1994): Der EWR-Entscheid: Kulturelle Identität, rationales Kalkül oder struktureller Kontext? Schweizerische Zeitschrift für Soziologie 20(1): 15-42.

Linder, Wolf (2011): Europe and Switzerland: Europeanization without EU membership.

In: Trampusch, Christine und André Mach (Hrsg.): Switzerland in Europe. Continuity and change in the Swiss political economy. London: Routledge, 43-59.

Linder, Wolf (2012): Schweizerische Demokratie: Institutionen – Prozesse – Perspektiven. Bern: Haupt, 407-423.

economiesuisse (2019): <https://www.economiesuisse.ch/de/dossier-politik/die-schweizer-wirtschaft-ist-dank-der-bilateralen-stark-gewachsen>

DEA (2019): <https://www.eda.admin.ch/dea/de/home/europapolitik/ueberblick.html>

«Wirtschaft & Politik aktuell»

3.2 Wie ist die Schweiz heute institutionell in den EU-Binnenmarkt eingebunden?

Nebst multilateralen Handelsverträgen im Rahmen der Welthandelsorganisation sowie bilateralen Freihandelsabkommen mit anderen Staaten ist die Europapolitik eine dritte zentrale Säule der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik. Im Folgenden wird die institutionelle Verankerung der Schweiz, die explizit die europäische Wirtschaft betrifft, kurz dargelegt.

Bilaterale mit der EU: Die Schweiz hat zahlreiche Verträge und Abkommen mit der EU. Das Verhältnis der Schweiz mit der EU ist auf einem bilateralen Weg geregelt.

Der Zugang der Schweiz zum EU-Binnenmarkt basiert auf dem bilateralen Weg, der weiter oben schon angesprochen wurde. Dieser wurde durch den Abschluss des Freihandelsabkommens von 1972 sowie der Unterzeichnung der Bilateralen I (1999) und II (2004) aufgegleist. Darüber hinaus existieren über 120 weitere Verträge, die das Verhältnis der Schweiz zur EU regeln.

Die Bilateralen I und II sind in aller Munde, denn sie sind der Kern des bilateralen Wegs der Schweiz mit der EU. Um zu vergegenwärtigen, was diese umfassen, sind untenstehend ihre Inhaltspunkte zusammenfassend abgebildet.

Die Bilateralen I	Die Bilateralen II
<ol style="list-style-type: none"> 1. Personenfreizügigkeit (FZA) 2. Technische Handelshemmnisse 3. Öffentliches Beschaffungswesen 4. Landwirtschaft 5. Forschung 6. Luftverkehr 7. Landverkehr <p>-> Bedeutung: Erleichterter Zugang zu den Arbeits-, Waren- und Dienstleistungsmärkten</p>	<ol style="list-style-type: none"> 1. Schengen/Dublin 2. Automatischer Informationsaustausch 3. Betrugsbekämpfung 4. Landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte 5. MEDIA (Kreatives Europa) 6. Umwelt 7. Statistik 8. Ruhegehälter 9. Bildung, Berufsbildung, Jugend <p>-> Bedeutung: Vertiefte Zusammenarbeit in weiteren Bereichen, verbesserte wirtschaftliche Rahmenbedingungen</p>

Quellen

Schweizerische Eidgenossenschaft: https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Aussenwirtschaftspolitik_Wirtschaftliche_Zusammenarbeit.html

<https://www.eda.admin.ch/dea/de/home/dienstleistungen-publikationen/schweiz-eu-in-zahlen.html>

Schweizerische Eidgenossenschaft (2018): https://www.eda.admin.ch/dam/dea/de/documents/fohlen/Folien-Abkommen_de.pdf

stark+vernetzt (2019): https://my.abstch.ch/page/-/Kamp-Europa/DE/Downloads/Faktenblatt_BIPpC.pdf

3.3 Welchen Wert hat dieser Zugang (bilaterale Verträge) für die Schweiz?

Auftrag 4:

Lesen Sie zuerst den Text zu den «Standortfaktoren». Überlegen Sie sich anschliessend anhand der nachfolgenden Informationen, inwiefern die wirtschaftliche Standortattraktivität der Schweiz mit den bilateralen Verträgen der Schweiz und der EU zusammenhängt.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Text Standortfaktoren

Quelle: Capaul, R. (2020). Betriebswirtschaft verstehen (4. Aufl.). Berlin: Cornelsen.

Standortfaktoren

In der Regel wählt ein Unternehmen den Standort aus, an dem die wichtigsten Standortfaktoren am besten erfüllt werden. Standortfaktoren sind Gegebenheiten, die ein Unternehmen berücksichtigt, wenn es um die Wahl eines geeigneten Standortes geht. Nachfolgend werden die für die Standortwahl wichtigsten Faktoren aufgelistet:

Standortfaktor	Ausprägung
Arbeit	<ul style="list-style-type: none"> – Lohnkosten (inkl. Lohnnebenkosten) – Verfügbarkeit von Arbeitskräften – Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal – Arbeitsmoral (z.B. Fleiss, Disziplin, Flexibilität) – Arbeitsfrieden
Boden	<ul style="list-style-type: none"> – Verfügbarkeit von Bauland (Bau- und Zonenordnung, Landpreise) – Material und Rohstoffe (Verfügbarkeit, Transportierbarkeit) – Klima
Kapital	<ul style="list-style-type: none"> – Bankkredite (funktionierendes Bankensystem) – Immobilien (Verfügbarkeit in der richtigen Grösse, Ausstattung und Preis)
Staat	<ul style="list-style-type: none"> – Höhe von staatlichen Abgaben und Gebühren (Steuerwettbewerb) – Regulierungsdichte (z.B. Umweltschutzaufgaben) – politische Stabilität – Rechtssicherheit (Eigentumsgarantie, Schutz geistigen Eigentums, Schutz der körperlichen Integrität) – Verwaltung (keine Korruption, schnelle und unbürokratische Bewilligungsverfahren) – wirtschaftliche Stabilität (z.B. stabiler Wechselkurs, stabile Zinsen) – Infrastruktur (Telekommunikation, Verkehr, Energie) – Lebensqualität (z.B. Kulturangebote, intakte Umwelt) – Bildungssystem (z.B. Qualität der Schulen, Angebote an internationalen Schulen)
Geografische Lage	<ul style="list-style-type: none"> – Nähe zum Kunden/Absatzmarkt (Transportkosten) – Zugang zu ausländischen Absatzmärkten (Freihandelsabkommen CH-EU, Bilaterale Verträge) – Cluster (z.B. Technologieparks) – Konkurrenz

Der Wert der Bilateralen

Die Schweizer Volkswirtschaft ist international orientiert, vernetzt und stark in globale Wertschöpfungsketten integriert. Rund 52% der Schweizer Exporte (Waren und Dienstleistungen) gehen in die EU und über 70% der Schweizer Warenimporte, respektive 55% der Dienstleistungsimporte kommen aus der EU. Zwischen der Schweiz und der EU findet ein täglicher Warenaustausch im Wert von einer Milliarde Schweizerfranken statt. 1.5 Millionen Arbeitsplätze in der Schweiz hängen von Schweizer Exporten in die EU ab. Die Schweiz gehört zusammen mit den USA und China zu den drei wichtigsten Handelspartnern der EU.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Jeden dritten Franken verdient die Schweiz im Austausch mit der EU. 450 000 Staatsangehörige leben in der EU und etwa 1.4 Millionen EU-Bürger in der Schweiz. 315 000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger kommen jeden Tag zur Arbeit in die Schweiz.

economiesuisse quantifiziert den Wert der bilateralen Verträge, anhand vorhandener Studien, mit ca. 20 bis 30 Milliarden Franken jährlich. Unklar ist, wie rasch der Wert der Bilateralen bei einer Nichteinigung über ein InstA erodieren würde. Im Laufe der Zeit würde die Erosion immer grösser: Wichtige Abkommen müssen regelmässig aktualisiert werden, um ihren Wert zu erhalten. Ohne Rahmenabkommen werden Schweizer Standards von der EU künftig wohl nicht mehr als gleichwertig anerkannt, sobald diese ihre Gesetze erneuert (z.B. werden Normen und Zertifizierungen der schweizerischen Medizinaltechnik-Branche wohl bald nicht mehr anerkannt). Ähnliche Herausforderungen könnten sich beim Datenschutz stellen. Ähnliche Herausforderungen könnten sich beim Datenschutz, bei der EU-Maschinenrichtlinie und in anderen Bereichen stellen.

Der Wert der Bilateralen für die Schweiz geht aber über absolute – rein wirtschaftliche – Zahlen hinaus. Offenheit, partnerschaftliche und grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kultur haben das Land erfolgreich und wohlhabend gemacht.

Mögliche Zusatzaufgabe:

Diskutieren Sie, basierend auf <https://my.abstch.ch/page/s/Infomaterial> und <https://www.eda.admin.ch/dea/de/home/bilaterale-abkommen/ueberblick/bilaterale-abkommen-nach-2004.html>, welche Aspekte nebst der Wirtschaft in den Bilateralen auch noch abgedeckt sind (z.B. Filmförderung, Forschung, Satellitennavigation etc.).

EU straft Schweiz im Stromabkommen ab

Das provisorische Stromabkommen mit der EU war bereits in Griffnähe. Doch Brüssel hat es sich mit Verweis auf die ungeklärten institutionellen Fragen nochmals anders überlegt.



Mächte der Schweiz falsche Hoffnungen: Der EU-Kommissar für Klimaschutz und Energie, Miguel Canete, empfängt Doris Leuthard in Brüssel. Bild: Twitter / Swiss Mission to EU (29. Januar 2015)

Artikel zum Thema

«Ein enormer Zeitdruck der EU»



Bundesrätin Doris Leuthard hat sich mit EU-Energiekommissar Miguel Canete über ein Stromabkommen ausgetauscht. Eine Einigung ist möglich, die EU stellt jedoch harte Bedingungen. [Mehr...](#)

29.01.2015

Leuthard plant Ausschluss von EU-Stromanbietern

Die EU hat die Schweiz 2015 in Bezug auf ein geplantes Stromabkommen abgestraft, weil die institutionellen Rahmenbedingungen zwischen der Schweiz und der EU noch nicht geklärt waren. Dieses Beispiel veranschaulicht die Haltung der EU gegenüber der Schweiz.

Quelle:

TA (2015): <https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/EU-straft-Schweiz-im-Stromabkommen-ab/story/27994807>

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Auftrag 5:

Diskutieren Sie in Gruppen die Grafiken und Statistiken mit folgenden Leitfragen zur Analyse von Statistiken.

Welche Schlussfolgerungen leiten Sie aus den Zahlen für die Schweizerische Wirtschaft ab?

Leitfragen zur Analyse von Statistiken

Allgemeine Fragen zum Aufbau und zur Anordnung der Statistik

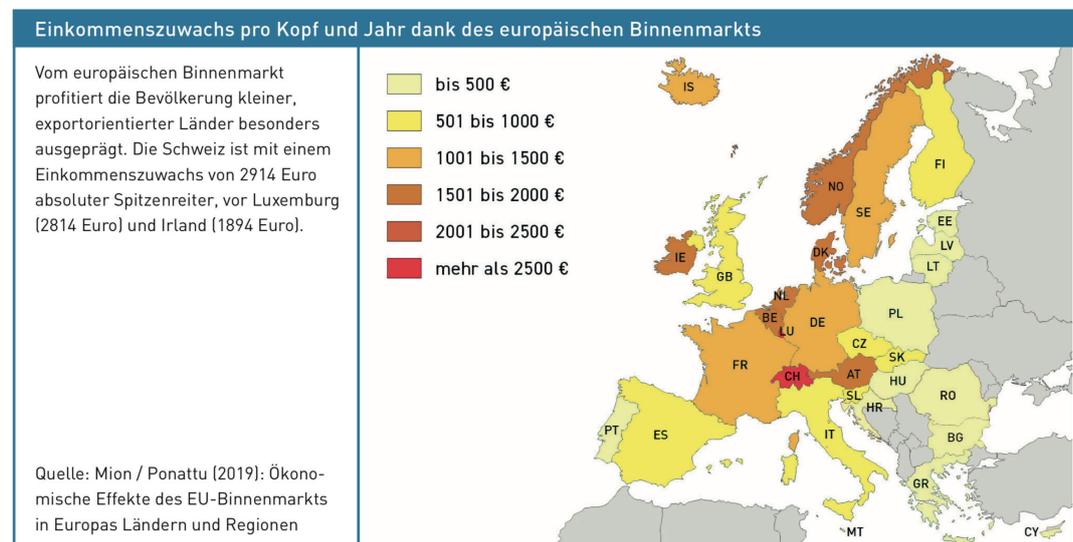
1. Wer hat die Statistik erstellt? Wer war der Auftraggeber?
2. Wann wurde die Statistik erstellt? Wann ist diese erschienen?
3. Wo wurde die Statistik erstellt? Auf welchen geografischen Raum bezieht sich die Statistik?
4. Geht es um eine Zeitraum- oder Zeitpunktdarstellung?
5. Welcher Massstab wird verwendet? Ist der Nullpunkt sichtbar?
6. Welche Art der Darstellung wird weshalb gewählt? (Tabelle, Kreis-, Kuchen-, Kurven-, Balken- und Säulendiagramm)?

Erschliessung des Inhalts

1. Was ist das Thema der Statistik?
2. Welche Aussagen können der Statistik entnommen werden? Welche Aussagen lässt die Statistik offen?
3. Welche Zahlenwerte sind aufgeführt? Absolute oder relative Grössen? Nominale oder reale Grössen? Empirische oder geschätzte Grössen? Gibt es Prognosen?
4. Welche Auffälligkeiten lassen sich feststellen? Wo gibt es Einbrüche in einem Säulendiagramm oder überraschende Verteilungen in einem Kuchendiagramm?
5. Welche Zusammenhänge ergeben sich aus den einzelnen Daten? Gibt es Hinweise auf Ungeheimheiten?

Mögliche Statistiken zur Analyse:

Statistik 1

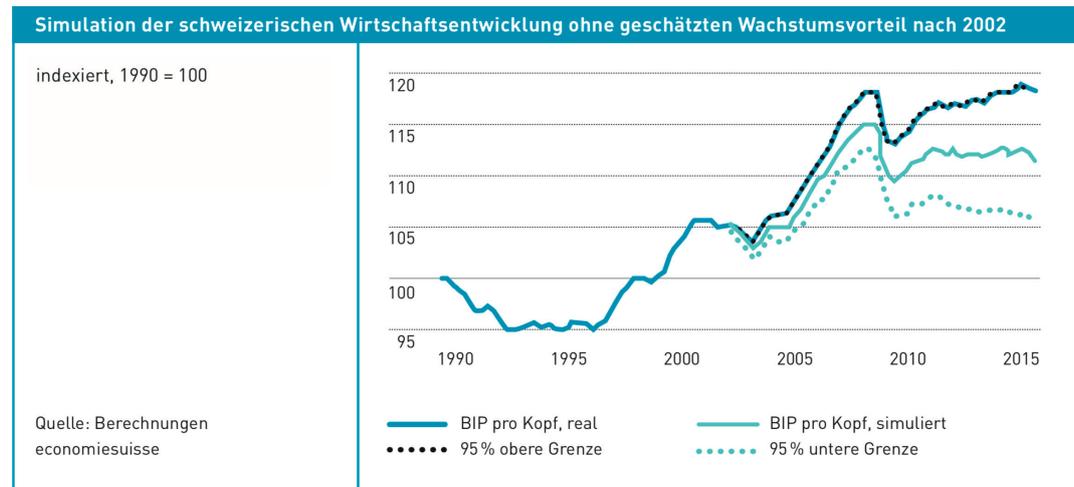


Quelle:

stark+vernetzt (2019): https://my.abstch.ch/page/-/Kamp-Europa/DE/Downloads/Faktenblatt_BIPpC.pdf (S. 1)

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Statistik 2

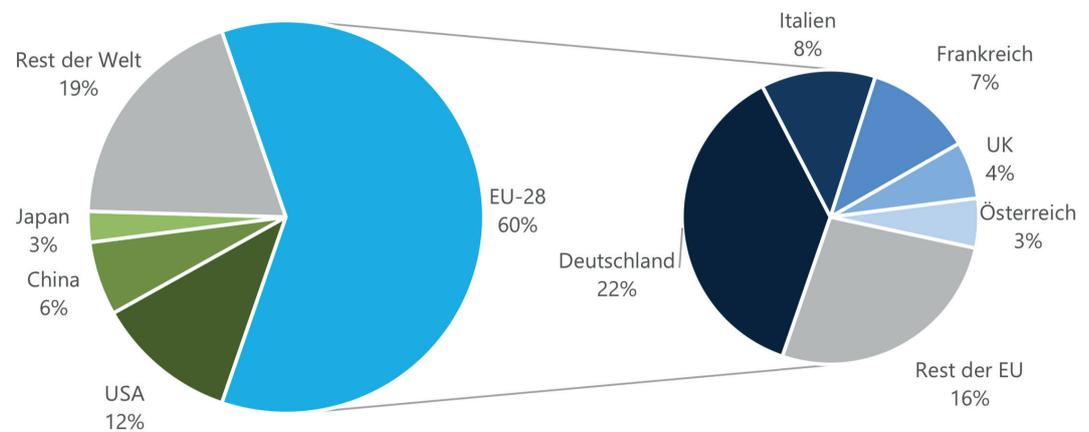


Quelle:

stark+vernetzt (2019): https://my.abstch.ch/page/-/Kamp-Europa/DE/Downloads/Faktenblatt_BIPpC.pdf (S. 2)

Statistik 3

Die wichtigsten Handelspartner der Schweiz in 2018, gemessen am Güterhandelsvolumen



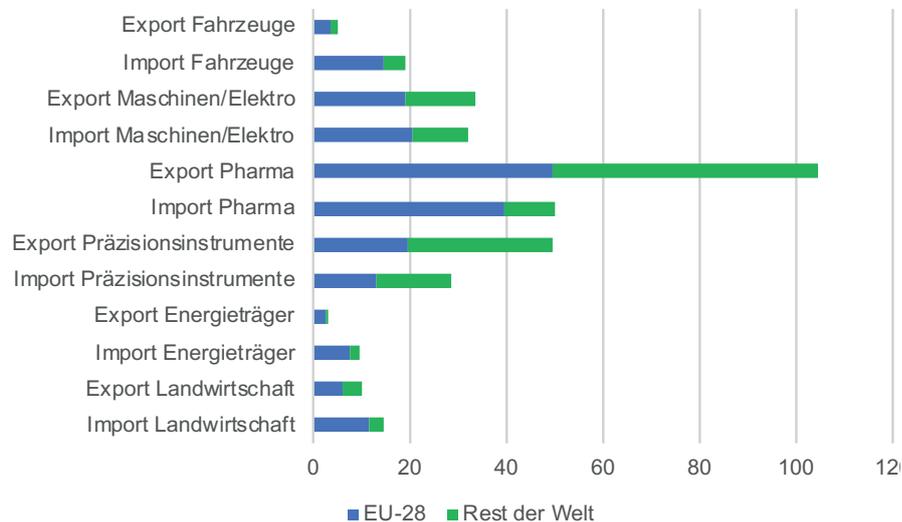
Quelle:

Schweizerische Eidgenossenschaft (2019): https://www.eda.admin.ch/dam/dea/de/documents/faq/schweiz-eu-in-zahlen_de.pdf (S. 10)

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Statistik 4

Import und Export von Waren ausgewählter Produktgruppen gesamt und mit der EU 2018 [Mia. CHF]



Quelle:

Schweizerische Eidgenossenschaft (2019): https://www.eda.admin.ch/dam/dea/de/documents/faq/schweiz-eu-in-zahlen_de.pdf (S. 13)

Quellen

NZZ (2013): <https://www.nzz.ch/meinung/debatte/die-rechnung-mit-dem-wirt-machen-1.17980849>

Church, Clive (2007): Switzerland and the European Union. London: Routledge.

Schmidt, Caroline und Peter Stalder (2013): Auswirkungen der Eurokrise auf das Schweizer Wirtschaftswachstum und das Produktionspotenzial der Schweiz. Die Volkswirtschaft 2013/01: 11-15.

SECO (2019) https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Aussenwirtschaftspolitik_Wirtschaftliche_Zusammenarbeit/Wirtschaftsbeziehungen/Wirtschaftsbeziehungen_mit_der_EU/wirtschaftliche-bedeutung-der-bilateralen-i/Wirtschaftliche_Bedeutung_der_Bilateralen_I.html

Vimentis (2019): [https://www.vimentis.ch/content/docs/Rahmenabkommen\(Endversion\).pdf](https://www.vimentis.ch/content/docs/Rahmenabkommen(Endversion).pdf)

Schweizerische Eidgenossenschaft (2019): https://www.eda.admin.ch/dam/dea/de/documents/faq/schweiz-eu-in-zahlen_de.pdf

economiesuisse (2019): <https://www.economiesuisse.ch/de/artikel/oekonomen-hearing-zur-bedeutung-der-bilateralen>
(Video)

economiesuisse (2019): <https://www.economiesuisse.ch/de/dossier-politik/der-wert-des-institutionellen-abkommens>

Avenir Suisse (2019): <https://www.avenir-suisse.ch/publication/schweiz-eu-oekonomische-fakten-bilateraler-weg-und-ein-plan-c/>

«Wirtschaft & Politik aktuell»

4 Exkurs: Das institutionelle Abkommen

Relevanz

Mit den Verhandlungen über das InstA steht der gesamte Beziehungskontext zwischen der Schweiz und der EU, und nicht nur der Gesamtwert der heutigen und künftigen Bilateralen, auf dem Spiel. Eine Nichtunterzeichnung des InstA hätte unter Umständen zur Folge, dass keine weiteren Marktzugangsabkommen abgeschlossen werden können und die bestehenden Verträge stetig an Bedeutung verlieren. Stabile vertragliche Beziehungen der Schweiz zur EU generieren einen zusätzlichen Wert, indem sie Rechts-, Planungs- und Investitionssicherheit und somit Standortattraktivität schaffen. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass instabile Beziehungen das Gegenteil bedeuten. Verminderte Rechts- und Investitionssicherheit führen zu negativen Beschäftigungseffekten, Einkommenseinbussen und Steuerausfällen. Wie gross der konkrete Schaden einer Nichtunterzeichnung des InstA ist, hängt entscheidend von der Reaktion der EU, der Schweiz und vom Prognosehorizont ab.

Stand der Beziehung Schweiz – EU und InstA

Die Beziehung der Schweiz zur EU kann man als ökonomische Integration ohne institutionelle Partizipation beschreiben. Der Bundesrat hat den Bilateralismus wiederholt als die zurzeit beste Lösung für die Schweiz bezeichnet. Der bilaterale Weg wurde auch mehrmals vom Schweizer Stimmvolk an der Urne direkt und indirekt gutgeheissen.

Problematisch ist, dass die Bilateralen statische Verträge sind, das EU-Recht sich aber ständig weiterentwickelt. Die EU pocht seit 2010 auf eine einheitliche Auslegung und rechtzeitige Anwendung des Binnenmarktrechts. Sie fordert den Abschluss eines institutionellen Abkommens mit der Schweiz als Bedingung für den Abschluss neuer und die Aufdatierung bestehender Marktzugangsabkommen. Das InstA beinhaltet grob folgende Punkte:

1. Das InstA würde lediglich die fünf folgenden Marktteilnahmeabkommen aus den Bilateralen I betreffen: Personenfreizügigkeit (FZA), Landverkehr, Luftverkehr, Technische Handelshemmnisse und Landwirtschaft.
2. Die Schweiz soll Anpassungen des EU-Rechts innerhalb der fünf Marktteilnahmeabkommen künftig dynamisch übernehmen. Für die Übernahme der EU-Rechtsvorschriften in nationales Recht gewährt das Abkommen der Schweiz eine Umsetzungsfrist von zwei Jahren. Falls gegen einen Gesetzesentwurf das Referendum ergriffen wird, beträgt die Frist drei Jahre.
3. Wenn die Schweiz ein bestimmtes Gesetz nicht übernehmen will, kann die EU verhältnismässige Gegenmassnahmen ergreifen. Unverhältnismässige oder sachfremde Gegenmassnahmen wie die aktuelle Nichtanerkennung der Schweizer Börsenäquivalenz durch die EU wären nicht zulässig. Rechtliche Streitfälle zwischen beiden Vertragsparteien sollen künftig durch ein unabhängiges Schiedsgericht geklärt werden.
4. Die Schweiz erhält mit dem Rahmenabkommen auch das Recht auf Mitarbeit bei der Entwicklung künftiger Regeln in den Bereichen, die durch bilaterale Binnenmarkttabkommen abgedeckt werden.

4.1 Wie ist das Zusammenspiel der Akteure?

Auftrag 6:

Bilden Sie Fünfergruppen. Jede Person vertritt einen Akteur (Bundesrat, Parlament, Volk, EU, Wirtschaft).

Lesen Sie im nachfolgenden Text ihre Position. Simulieren Sie die Beziehungen der Akteure innerhalb ihrer Gruppe.

Anschlussfragen an die Lernenden:

- Gibt es noch weitere wichtige Akteure?
- Wie sind die Einfluss- und Kräfteverhältnisse?

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Bundesrat

Seit Ende 2018 liegt dem Bundesrat nach mehrjährigen Verhandlungen ein Vertragsentwurf zum Rahmenabkommen mit der EU vor. Dieser ist bis heute noch nicht unterzeichnet. Stattdessen schickte der Bundesrat den Entwurf im Frühjahr 2019 in eine breite innenpolitische Konsultation mit den betroffenen Kreisen. Darauf abstützend kündigte er am 7. Juni 2019 an, in drei Bereichen (Klärungen anzustreben unter Einbezug der Sozialpartner* und der Kantone), um eine Unterzeichnung zu ermöglichen.

*(mit «Sozialpartner» sind die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände gemeint).

Parlament

Falls mit der EU ein neu spezifizierter Vertrag ausgehandelt wird, legt der Bundesrat diesen dem Parlament vor, welches das Rahmenabkommen allenfalls verabschiedet.

Volk

Das Schweizer Volk stimmt am 17. Mai 2020 über die Begrenzungsinitiative der SVP (oft auch Kündigungsinitiative genannt) ab, welche die Kündigung der Personenfreizügigkeit fordert. Die Verträge der Bilateralen I sind mit einer Guillotine-Klausel verknüpft. Das heisst, wenn die Schweiz eines der sieben Abkommen kündigt, fallen auch alle anderen dahin. Ein Ja zur Initiative würde deswegen die Bilateralen I und darüber hinaus wohl auch Schengen/Dublin aufs Spiel setzen. Denn diese beiden Verträge der Bilateralen II basieren auf der Personenfreizügigkeit. Mit dem Wegfall des bilateralen Wegs ist auch dessen Weiterentwicklung blockiert.

Stimmt das Stimmvolk Nein zur Begrenzungsinitiative, kann es in den nächsten Jahren über das InstA abstimmen. Dies wäre aber erst der Fall, nachdem das Parlament das Rahmenabkommen verabschiedet hat. Aktuelle Umfragen zeigen, dass sich eine Mehrheit der Stimmbevölkerung für den Abschluss eines institutionellen Abkommens ausspricht.

EU

Die Europäische Kommission, welche Exekutivfunktionen innehat, führt die Verhandlungen mit der Schweiz. Kommissionspräsident war bis Ende November 2019 Jean-Claude Juncker. Dieser hat dem Bundesrat auf den Brief vom 7. Juni 2019 geantwortet, dass er offen für ergänzende Gespräche sei. Er forderte aber ein rasches Vorgehen. Die EU-Kommission stellte während ihrer Sitzung am 18. Juni 2019 beim institutionellen Abkommen einen «Mangel an Fortschritt» fest. Dies hatte zur Folge, dass die sogenannte «Börsenäquivalenz» per Ende Juni 2019 von der EU nicht erneuert wurde. Die Schweizer Börse wird somit nicht mehr als gleichwertig anerkannt.

Am 1. Dezember 2019 übernahm Ursula von der Leyen das EU-Kommissionspräsidium. Bisher bleibt die Position der EU gegenüber der Schweiz trotz des Personalwechsels unverändert. Von der Leyen hat gesagt, dass sie auf dem bestehenden Verhandlungsergebnis von Juncker aufbauen will und dass die Schweiz für die EU auch weiterhin relevant sei. Nachverhandlungen schliesst die EU kategorisch aus.

Gleichzeitig hat die EU mit verschiedenen innenpolitischen Herausforderungen zu kämpfen. Unter anderem betrifft dies den Austritt Grossbritanniens aus der EU, Fragen der Rechtsstaatlichkeit in osteuropäischen Mitgliedstaaten, Migrationsfragen und die künftige Finanzierung der Aufgaben der EU generell.

Die Wirtschaft

Als Exportnation braucht die Schweiz einen exzellenten Zugang zu ausländischen Märkten. Dieser wird über die Welthandelsorganisation (WTO), Freihandelsabkommen und die bilateralen Verträge mit der EU sichergestellt. Die Schweizer Wirtschaft hat deshalb ein vitales Interesse an stabilen und zukunftsfähigen vertraglichen Beziehungen zur EU. Entsprechend setzt sich insbesondere *economiesuisse* für das institutionelle Abkommen ein.

Der wirtschaftliche Nutzen der bilateralen Marktzugangsabkommen beläuft sich auf 20 bis 30

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Milliarden Franken pro Jahr. Für die Fortführung des bilateralen Wegs ist der Abschluss eines institutionellen Abkommens unabdingbar. Aus diesem Grund wird dieses von der Wirtschaft unterstützt. Erforderlich sind allerdings noch zusätzliche Klarstellungen basierend auf dem vorliegenden Vertragsentwurf. Diese betreffen den Umfang der Rechtsübernahmepflicht, die staatlichen Beihilfen und die Rolle der Sozialpartner unter dem Entsenderecht der EU. Nach Unterzeichnung des institutionellen Abkommens durch den Bundesrat sind die Verhandlungen über alle Dossiers wieder aufzunehmen und die nächsten Schritte (Roadmap) für neue Abkommen und eine vertiefte Zusammenarbeit zu vereinbaren.

Die Schweizer Wirtschaft hat vier Prioritäten für die Gestaltung der Beziehung Schweiz-EU: Marktzugang, internationale Wettbewerbsfähigkeit, Souveränität und Rechtssicherheit. Kein anderes Beziehungsmodell erweist sich in diesen Punkten als gleichwertige Alternative zum bilateralen Weg mit dem institutionellen Abkommen.

Insbesondere bei den folgenden Themen sehen verschiedene Akteure noch Klärungsbedarf:

Staatliche Beihilfen

Bei den staatlichen Beihilfen stellt sich die Frage, ob staatliche Behörden durch die Unterstützung heimischer Wirtschaftszweige oder einzelner Unternehmen mittels öffentlicher Gelder den Wettbewerb verzerren. Der EU ist es ein wichtiges Anliegen, für alle Teilnehmer am EU-Binnenmarkt einheitliche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Für den Bundesrat steht die Erhaltung der Staatsgarantie für Kantonalbanken, eine eigenständige Agrarpolitik, die Steuerhoheit der Kantone und die Förderung des sozialen Wohnungsbaus im Vordergrund.

Lohnschutz

Der Bundesrat verfolgt das Ziel, Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Schweiz zu schützen und auf dem heutigen Niveau beizubehalten. Die EU ist zwar nicht gegen diese Prinzipien, kritisiert aber einzelne aus ihrer Sicht unverhältnismässige Massnahmen wie beispielsweise die achttägige Voranmeldefrist bei Arbeitseinsätzen von Firmen aus dem Ausland.

Unionsbürgerrichtlinie

Die Unionsbürgerrichtlinie, welche die Rechte von Unionsbürgern im Hoheitsgebiet der EU-Mitgliedsstaaten regelt, wird im InstA nicht erwähnt. Es bleibt unklar ob und wie diese Richtlinie von der Schweiz in Zukunft übernommen werden muss. Weil die Richtlinie für EU-Bürger in der Schweiz den Zugang zu Sozialleistungen erleichtern würde, will sie der Bundesrat nicht vollständig übernehmen.

Der Bundesrat hat seine Klärungsabsichten in den drei oben genannten Bereichen auch gegenüber der EU-Kommission am 7. Juni 2019 in einem Brief formuliert.

Er steht jedoch zunächst vor einer wichtigen europapolitischen Abstimmung (Begrenzungsinitiative), deren Annahme die Kündigung der Bilateralen I nach sich ziehen würde. Er hat aber grundsätzlich das Ziel, dem Parlament ein Abkommen zu unterbreiten.

Möglicher Auftrag 7

Suchen Sie auf den Webseiten der grossen Parteien, welche Position sie aktuell zum *InstA* einnehmen.

- <https://www.svp.ch>
- <https://www.sp-ps.ch>
- <https://www.cvp.ch>
- <https://www.fdp.ch>
- <https://gruene.ch>
- <https://grunliberale.ch>
- <https://www.bdp.info>

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Quellen

Schweizerische Eidgenossenschaft: <https://www.eda.admin.ch/dea/de/home/verhandlungen-offene-themen/verhandlungen/institutionelles-abkommen.html>

NZZ (2019): <https://www.nzz.ch/schweiz/eu-personalpaket-was-heisst-es-fuer-die-schweiz-ld.1493407>

NZZ am Sonntag (2019): <https://nzzas.nzz.ch/meinungen/rahmenabkommen-flavia-kleiner-ueber-die-rechte-der-stimmbuerger-ld.1465935>

SRF (2019): <https://www.srf.ch/news/schweiz/europa-strategie-der-regierung-das-war-die-medienkonferenz-des-bundesrates-im-liveticker>

SRF (2019): <https://www.srf.ch/news/schweiz/wahlen-2019-rahmenabkommen-vieldiskutiert-und-doch-im-schatten>

SRF (2019): <https://www.srf.ch/news/schweiz/rahmenabkommen-mit-der-eu-die-gewerkschaften-haben-sich-durchgesetzt>

NZZ (2019): <https://www.nzz.ch/schweiz/ja-zum-rahmenabkommen-aber-nicht-um-jeden-preis-ld.1464851>

AZ (2017): <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/vor-25-jahren-sagte-das-stimmvolk-nein-zum-ewr-131976895>

gfs.bern (2019): https://www.gfsbern.ch/wp-content/uploads/2019/10/193112_europabaro_schlussbericht_def.pdf

«Wirtschaft & Politik aktuell»

5 Fazit mit Ausblick

5.1 Relevanz des Themas

Mit der sensibilisierenden Einstiegsfrage wurde verdeutlicht, dass alle in der Schweiz lebenden Menschen direkt oder indirekt mit der EU in Kontakt kommen. Kulturell, gesellschaftlich, historisch, politisch, wirtschaftlich und wissenschaftlich ist die Schweiz mit der EU sehr eng verflochten und führt vielseitige Beziehungen. In wirtschaftlicher Hinsicht ist die EU die wichtigste Handelspartnerin der Schweiz.

5.2 Wie geht es weiter?

Am 17. Mai 2020 kann das Schweizer Stimmvolk über die Begrenzungsinitiative der SVP abstimmen. Dabei steht die Personenfreizügigkeit auf dem Spiel und somit auch der bilaterale Weg im Allgemeinen. Wird die Initiative abgelehnt, kann das Schweizer Stimmvolk vermutlich zu einem späteren Zeitpunkt über ein institutionelles Rahmenabkommen, welches die Beziehung Schweiz-EU auf ein stabiles rechtliches Fundament legen soll, abstimmen.

5.3 Schlussgedanke

Das Verhältnis der Schweiz mit der EU steht knapp 30 Jahre nach der Ablehnung des EWR-Beitritts erneut an einem Scheideweg. Es ist deshalb von grosser Bedeutung, dass sich alle Akteure über die Konsequenzen ihrer europapolitischen Entscheidungen für den Wohlstand, die Arbeitsplätze und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz im Klaren sind.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

*) Exkurs: Was ist Populismus?

Quellen:

Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. *Government and Opposition* 39(4): 542-563.

Rosteck, Yvonne (2018): *Wie Globalisierung und Mediatisierung die Demokratie verändern*. Zürich: Hochschulverlag.

Manucci, Luca and Amsler, Michi (2018): Where the wind blows: Five Star Movement's populism, direct democracy and ideological flexibility. *Italian Political Science Review* 48 (1), 109-132.

Muddes (2004) Populismusdefinition gilt in der Politikwissenschaft als allgemein anerkannter Referenzpunkt (Rosteck 2018: 62). Er definiert Populismus als «an ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, «the pure people» versus «the corrupt elite», and which argues that politics should be an expression of the *volonté Générale* (general will) of the people» (Mudde 2004: 543). Der Populismus weist also drei Merkmale auf:

1. Volkszentriertheit: Das Volk ist eine homogene Einheit.
2. Antielitismus: Das Volk und die Elite stehen sich antagonistisch gegenüber. Auf der einen Seite steht das «reine» Volk und auf der anderen Seite die «korrupte» Elite.
3. Uneingeschränkte Volkssouveränität: Es wird die uneingeschränkte Souveränität des Volkes gefordert. Die Macht soll von den Eliten zum Volk transferiert werden.

Die Frage, wer genau zum Volk und der Elite gehört, bleibt jedoch offen. Deshalb ist der Populismus eine «dünne Ideologie», welche mit anderen Ideologien ergänzt werden kann. Die Rechtspopulisten ziehen den Nationalismus herbei. Das Volk definieren sie aufgrund von Abstammung und kultureller Tradition. Einwanderer gehören somit nicht zum Volk. Rechtspopulisten wollen mit der Forderung von kulturellen und politischen Grenzen das Volk schützen. Zur Elite gehören für sie «Internationalisten», Globalisierungsunterstützer und EU-Befürworter (Rosteck 2018: 62). Rechtspopulisten sind beispielsweise die UKIP in Grossbritannien (die sich für den Brexit starkmachten), die AfD in Deutschland, der Front National in Frankreich, die Lega in Italien, die FPÖ in Österreich oder die SVP in der Schweiz.

Linkspopulisten berufen sich hingegen auf den Sozialismus. Das Volk definieren sie durch die hart arbeitenden Menschen. Zur Elite gehören für sie die Kapitalisten, Banker und «Abzocker». Linkspopulisten wollen das Volk durch wirtschaftliche Grenzen und die Abschottung der einheimischen Wirtschaft schützen sowie den staatlichen Einfluss auf Unternehmen generell verstärken. Vereinzelt gibt es auch populistische Parteien, die rechte und linke Inhalte bunt durchmischen. Diese Parteien gibt es vor allem in Süd-, Zentral- und Osteuropa.

Ein Beispiel dafür ist der Movimento 5 Stelle in Italien. Bei allen anderen Themen als der uneingeschränkten Macht des Volkes zeigen sich diese Parteien ideologisch flexibel. In diesem Fall handelt es sich beim Populismus tatsächlich nur um eine «dünne Ideologie». Solche Parteien werden deshalb auch als «populism in its purest form» betrachtet (Manucci und Amsler 2018: 110). Der Populismus findet Ausdruck in der Kommunikation der Parteien. Die Kombination aller drei Ideen (siehe oben) und ihre konsequente Äusserung zeigt eine populistische Ideologie. Die drei Aspekte der Populismusdefinition können durch folgende Kommunikationsstrategien gemessen werden (Rosteck 2018: 63-64):

1. In den Äusserungen wird der einheitliche Wille des Volkes heraufbeschworen und bestimmte Gruppen aus dem Volk ausgeschlossen. Die Tugenden des Volkes und die moralische Überlegenheit werden hervorgehoben.
2. Es wird eine Schwarz - Weiss - Rhetorik an den Tag gelegt. Der Kommunikationsstil ist von Dramatisierung und Skandalisierung geprägt.
3. Es wird an den gesunden Menschenverstand des einfachen Bürgers appelliert und einfache Lösungen angeboten.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Quellenverzeichnis

Videos

economiesuisse (2019): <https://www.youtube.com/watch?v=jDGzuvOx0UE>

SVP Schweiz (2019): https://www.youtube.com/watch?time_continue=530&v=Nmu8dIE2aFE

SRF: <https://www.youtube.com/watch?v=QzkSQnz5YxE>

Pro Rechtsstaat: <https://www.youtube.com/watch?v=5k5KuXTL8hc&feature=youtu.be>

economiesuisse (2019): <https://www.economiesuisse.ch/de/artikel/oekonomen-hearing-zur-bedeutung-der-bilateralen>

Texte

https://www.eda.admin.ch/dam/dea/de/documents/faq/schweiz-eu-in-zahlen_de.pdf

NZZ (2019): <https://www.nzz.ch/schweiz/ja-zum-rahmenabkommen-aber-nicht-um-jeden-preis-ld.1464851>

NZZ (2017): <https://www.nzz.ch/schweiz/vom-kolonialvertrag-zum-bilateralen-koenigsweg-ld.1336212?reduced=true>

NZZ (2019): <https://www.nzz.ch/schweiz/eu-personalpaket-was-heisst-es-fuer-die-schweiz-ld.1493407>

NZZ (2013): <https://www.nzz.ch/meinung/debatte/die-rechnung-mit-dem-wirt-machen-1.17980849>

NZZ am Sonntag (2019): <https://nzzas.nzz.ch/meinungen/rahmenabkommen-flavia-kleiner-ueber-die-rechte-der-stimmbuerger-ld.1465935>

AZ (2017): <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/vor-25-jahren-sagte-das-stimmvolk-nein-zum-ewr-131976895>

TA (2015): <https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/EU-straft-Schweiz-im-Stromabkommen-ab/story/27994807>

SRF: <https://www.srf.ch/kultur/gesellschaft-religion/grosse-reden-lasst-europa-entstehen-churchills-flammender-appell>

SRF (2019): <https://www.srf.ch/news/schweiz/europa-strategie-der-regierung-das-war-die-medienkonferenz-des-bundesrates-im-liveticker>

SRF (2019): <https://www.srf.ch/news/schweiz/wahlen-2019-rahmenabkommen-vieldiskutiert-und-doch-im-schatten>

SRF (2019): <https://www.srf.ch/news/schweiz/rahmenabkommen-mit-der-eu-die-gewerkschaften-haben-sich-durchgesetzt>

Schweizerische Eidgenossenschaft: https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Aussenwirtschaftspolitik_Wirtschaftliche_Zusammenarbeit.html

Schweizerische Eidgenossenschaft: <https://www.eda.admin.ch/dea/de/home/verhandlungen-offene-themen/verhandlungen/institutionelles-abkommen.html>

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Schweizerische Eidgenossenschaft (2019): https://www.eda.admin.ch/dam/dea/de/documents/faq-schweiz-eu-in-zahlen_de.pdf

Schweizerische Eidgenossenschaft (2018): https://www.eda.admin.ch/dam/dea/de/documents/fohlen/Folien-Abkommen_de.pdf

Vimentis (2019): [https://www.vimentis.ch/content/docs/Rahmenabkommen\(Endversion\).pdf](https://www.vimentis.ch/content/docs/Rahmenabkommen(Endversion).pdf)

EU: https://europa.eu/european-union/about-eu/history_de

stark+vernetzt (2019) <https://my.abstch.ch/page/s/Infomaterial>

economiesuisse (2019): <https://www.economiesuisse.ch/de/dossier-politik/der-wert-des-institutionellen-abkommens>

Avenir Suisse (2019): <https://www.avenir-suisse.ch/publication/schweiz-eu-oekonomische-fakten-bilateraler-weg-und-ein-plan-c/>

Universität Zürich: <https://www.haus-der-wissenschaft.uzh.ch/de/kunsthistorische-tour/5-churchill-gedenktafel.html>

Seeler, Hans-Joachim: Geschichte und Politik der Europäischen Integration, Baden-Baden 2008. Online-Link: <https://www.nomos-elibrary.de/108588/urspruenge-einer-idee?page=1>

Bundeszentrale für politische Bildung (2014): <https://www.bpb.de/dialog/europawahlblog-2014/179964/die-europaeische-integration-in-zitaten>

Church, Clive (2007): Switzerland and the European Union. London: Routledge.

Linder, Wolf (2011): Europe and Switzerland: Europeanization without EU membership. In: Trampusch, Christine und André Mach (Hrsg.): Switzerland in Europe. Continuity and change in the Swiss political economy. London: Routledge, 43-59.

Linder, Wolf (2012): Schweizerische Demokratie: Institutionen – Prozesse – Perspektiven. Bern: Haupt, 407-423.

Schmidt, Caroline und Peter Stalder (2013): Auswirkungen der Eurokrise auf das Schweizer Wirtschaftswachstum und das Produktionspotenzial der Schweiz. Die Volkswirtschaft 2013/01: 11-15.

Manucci, Luca and Amsler, Michi (2018): Where the wind blows: Five Star Movement's populism, direct democracy and ideological flexibility. Italian Political Science Review 48 (1), 109-132.

Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. Government and Opposition 39(4): 542-563.

Rosteck, Yvonne (2018): Wie Globalisierung und Mediatisierung die Demokratie verändern. Zürich: Hochschulverlag.

Vatter, Adrian (1994): Der EWR-Entscheid: Kulturelle Identität, rationales Kalkül oder struktureller Kontext? Schweizerische Zeitschrift für Soziologie 20(1): 15-42.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Weiterführende Literatur

EU

EU: <http://www.europarl.europa.eu/germany/de/europa-und-europawahlen/kommission> (Organe)

Mion, Giordano und Dominic Panutto (2019): https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/EZ_Zusammenfassung_Binnenmarkt.pdf

Schmidt, Siegmund und Wolf J. Schünemann (2009): Europäische Union: eine Einführung. Baden-Baden: Nomos.

Weidenfeld, Werner (2013): Die Europäische Union, München.

Wessels, Wolfgang (2008): Das politische System der Europäischen Union, Wiesbaden.

Schweiz – EU

Cottier, Thomas und Rachel Liechti (2006): Die Beziehung der Schweiz zur Europäischen Union: Eine kurze Geschichte differenzieller schrittweiser Integration. Basler Schriften zur Europäischen Integration No. 81.

Easyvote: <https://www.easyvote.ch/de/wissen/europaeische-union>

Felder, Daniel und Christine Kaddous (2001): Accords bilatéraux Suisse–UE (Commentaires) – Bilaterale Abkommen Schweiz–EU (Erste Analysen). Basel: Schulthess.

Freiburghaus, Dieter. (2009). Königsweg oder Sackgasse? Sechzig Jahre schweizerische Europapolitik. Zürich: NZZ Libro.

Gava, Roy and Frédéric Varone (2012): So Close, Yet So Far? The EU's Footprint in Swiss Legislative Production. In: Brouard, Sylvain, Costa, Olivier, König, Thomas (Hrsg.): The Europeanization of Domestic Legislature, 197-221.

Grolimund, Nina and Marius Vahl (2006): Integration Without Membership: Switzerland's Bilateral Agreements with the European Union. Brussels: Centre for European Policy Studies.

Gstöhl, Sieglinde (2002). Reluctant Europeans: Norway, Sweden, and Switzerland in the Process of Integration. Boulder: Lynne Rienner Publishers.

Kaddous, Christine, Monique Jametti-Greiner (2006). Accords Bilatéraux II Suisse–UE et autres Accords récents, Dossier de droit européen No. 16. Bruxelles: Bruylant.

Lavenex, Sandra (2009). Switzerland's Flexible Integration in the EU: A Conceptual Framework. Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft 15(4), 547-575.

Papadopoulos, Yannis (2008). Europeanisation? Two Logics of Change of Policy-making Patterns in Switzerland. Journal of Comparative Policy Analysis 10(3): 255–78.

Schweizerische Eidgenossenschaft (2019): https://www.eda.admin.ch/dam/dea/de/documents/fs/00-FS-Europapol-lang_de.pdf

Schweizerische Eidgenossenschaft (2015): https://www.eda.admin.ch/dam/eda/de/documents/publications/GlossarezurAussenpolitik/ABC-Europapolitik_de.pdf

Vimentis (2017): <https://www.vimentis.ch/d/publikation/630/Beziehungen+Schweiz+-+EU+.html>